

Aus Bund und Ländern

435 Millionen DM für Krankenhausbau

HANNOVER. Mit einem Volumen von 435 Millionen DM hat die Landesregierung für 1986 das bisher größte Krankenhausbauprogramm aufgelegt. Bei insgesamt 158 Baumaßnahmen entfallen 202 Millionen DM auf Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie den Ersatz mittelfristiger Anlagegüter und 209 Millionen DM auf die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser. 24 Millionen DM stehen für die Sanierung der Landeskrankenhäuser bereit. WZ

Ärztetkammer akzeptiert den Krankenhausplan

BERLIN. Die Ärztekammer Berlin erhebt keine Einwendungen dagegen, daß die Krankenhausplanung für Berlin jetzt fortgeschrieben wird. Dies gilt auch für den Inhalt des vom Senator für Gesundheit und Soziales vorgelegten Entwurfs eines Krankenhausplanes 1986.

Dies ergibt sich aus einem Beschluß der Delegiertenversammlung der Ärztekammer im Januar 1986. Der Beschluß korrigiert eine Entschließung vom Dezember 1985, in der der Senat aufgefordert worden war, den Entwurf des Krankenhausplanes auszusetzen. Dieser Entwurf sieht die Rücknahme von 2400 Akut-Betten bis zum Jahr 1992 sowie die Verlagerung des Klinikums Charlottenburg auf das Gelände des Rudolf-Virchow-Krankenhauses vor.

Die Ärztekammer forderte den Krankenhausplan jährlich anzupassen. Eine Zustimmung zu der geplanten Verlagerung des Klinikums Charlottenburg macht die Ärztekammer davon abhängig, daß die bisherige Qualität der Krankenversorgung erhalten bleibt.

Schließlich fordert die Ärztekammer, die Stellenpläne der verbleibenden Krankenhäuser so auszustatten, daß ein ausgewogenes Verhältnis von erfahrenen Ärzten, die die Funktionsfähigkeit der Abteilungen in ihrem Kern sichern, sowie von Ärzten in Weiterbildung und von Ärzten im Praktikum besteht. JK

Ausland

Europäische Ärzte tagten in Köln

KÖLN. Arbeitsgruppen des Ständigen Ausschusses der Ärzte in den EG-Ländern berieten erstmals nach 19 Jahren wieder in der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Amtsperiode von 1965 bis 1967 liegt der Vorsitz nunmehr bis 1988 zum zweiten Mal bei der Bundesärztekammer. Zum Präsidenten des Ständigen Ausschusses ist Dr. Karsten Vilmar berufen worden. 1960 wurde dieser Ausschuß als berufspolitisches Gremium zur Koordinierung von Gesundheitsfragen in den EG-Staaten gegründet. Nachdem auch Portugal und Spanien EG-Mitglieder sind, repräsentiert der Ständige Ausschuß rund 700 000 Ärzte. Für den Bereich der angestellten Ärzte in der EG

standen in Köln das Problem der zunehmenden Arbeitslosigkeit auf der Tagesordnung. Auf dem Sektor Arbeitsmedizin wurde der Entwurf einer Richtlinie beraten. Der Ausschuß „Soziale Sicherheit“ diskutierte unter anderem die Probleme Griechenlands im Hinblick auf das Gesetz zur Einführung eines staatlichen Gesundheitswesens.

Ein Richtlinienentwurf über die allgemeine Anerkennung von Hochschuldiplomen sowie die Berufsausübung von Physiotherapeuten wurden im Ausschuß „Nichtärztliche Berufe des Gesundheitswesens“ beraten. Im Bereich „Ärztliche Ethik“ wurden Überlegungen für eine Charta „Kinder in Krankenhäusern“ als Weiterentwicklung für eine Deklaration des Europarates „Rechte der Patienten“ erarbeitet. PdA

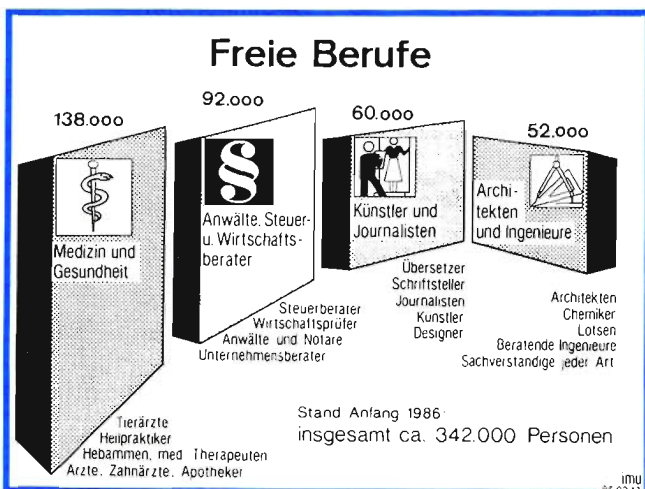
Rassenschranken beim Studium sind aufgehoben

PRETORIA. Die südafrikanische Regierung hat alle rassistischen Einschränkungen bei der Zulassung zum Hochschulstudium aufgehoben. Schon seit 1984 war die Ermächtigung zur Festsetzung von Zulassungsquoten für die einzelnen Rassen nicht mehr angewendet worden. Nunmehr ist auch die Vorschrift abgeschafft worden, daß die Universitäten bei der Zulassung von Schwarzen zu bestimmten Studienfächern – dazu gehörten auch Medizin und Zahnmedizin – die Zustimmung des Erziehungsministeriums einholen mußten. Der Rektor der Universität Kapstadt hat inzwischen bestätigt, daß damit Studenten aller Rassen an allen Universitäten Südafrikas zugelassen werden

können, nach Kriterien, die von den Universitäten selbst festgesetzt werden. Dies gilt auch für die Medizinische Universität des südlichen Afrika in der Nähe von Pretoria, an der bisher nur Schwarze studieren durften und die nunmehr Studenten aller Rassen aufnehmen können. gb

EG-Krebsprogramm

BRÜSSEL. Ein Fünf-Jahre-Aktionsprogramm gegen den Krebs hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften dem Rat vorgelegt. Unter anderem sollen Risikofaktoren ermittelt, Untersuchungs- und Behandlungsmethoden entwickelt sowie die Krebsforschung gefördert werden. Ein Expertenausschuß soll nunmehr weitere Empfehlungen für ein gemeinsames europäisches Vorgehen zur Krebsbekämpfung ausarbeiten. EN



Als Arbeitgeber beschäftigen die rund 342 000 Freiberufler etwa eine Million Arbeitnehmer; sie stellen zudem etwa 140 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung. In den vergangenen Jahren erbrachten sie rund acht Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens in der Bundesrepublik